



## Protest und Widerstand

In den letzten Tagen wurde auch an die Angehörigen des Reichsbanners die Frage nach dem Verhalten gegenüber rechtsradikalen Gewalttätern gestellt.

Dabei muß eines klargestellt werden: Das Reichsbanner war und wird keine "Schlägertruppe der Republik" sein. Dies war es auch nicht in der Weimarer Republik. Die Militanz wurde dem Reichsbanner von seinen politischen und ebenfalls militant paramilitärischen Gegnern aufgezwungen.

Deshalb stellt sich für uns die Gewaltfrage überhaupt nicht. Das Reichsbanner war und wurde eine Massenbewegung, weil die politische Gewalt abgelehnt wurde. Viele, besonders jüngere "Antifaschisten" verwechseln im Moment die Begriffe Protest und Widerstand oder füllen diese falsch aus.

Protest bedeutet, daß ich gegen etwas bin, was mir nicht paßt, und deshalb verbal, schriftlich oder auf Demonstrationen protestiere.

Widerstand dagegen bedeutet, daß ich verhindere, daß das, was ich nicht will, passiert. Widerstand bedeutet deshalb aber nicht, daß Gewalt angewandt wird. Es muß allerdings verdeutlicht werden, daß diese unter besonderen Umständen nicht ausgeschlossen wird.

Dieses "Widerstandsrecht" ist in Artikel 20 IV des Grundgesetzes legitimiert und legalisiert. Wenn der Versuch unternommen wird, die Grundlagen der bundesdeutschen Demokratie zu beseitigen, ist Widerstand gerechtfertigt und selbstverständlich auch notwendig. In diesem Moment wird man das Reichsbanner an seinem gebührenden Platz, in erster Reihe der Verteidiger unserer Demokratie finden.

Das Gleiche trifft dann zu, wenn sich unter dem Druck der rechtsradikalen Gewalttäter gegen unsere ausländischen Mitbürger die Erkenntnis durchsetzt, daß nur durch die Mithilfe demokratisch gesinnter Bürger der Schutz dieser Menschen und unserer Rechtsordnung möglich ist; dann sollte das Reichsbanner, ja muß das Reichsbanner sich daran beteiligen. Dies entspricht seiner Tradition und seiner Aufgabe.

Dann und nur dann müssen wir über die Frage der Militanz diskutieren und danach auf dem Boden unserer daraus resultierenden Beschlüsse handeln.

Um es klar zu sagen: wir werden alle legalen Formen von Protest und Widerstand gegen die Feinde unserer Republik anwenden - aber im Rahmen der Rechtsordnung. Man kann nicht die Demokratie, unsere Rechtsordnung verteidigen wollen und dabei einen Grundpfeiler - nämlich die Rechtsordnung - zerbrechen. Wer dies tut, unterscheidet sich vielleicht im Motiv, nicht aber im Ergebnis von den Gegnern unserer Republik.

Auch und gerade der politische Kampf gegen den Rechtsextremismus muß organisiert und diszipliniert sein. Falsch verstandene "Spontanität" ist schädlich und nützt nur dem politischen Gegner. Die Worte von Walter Hesselbach in Magdeburg 1992 bleiben aktuell: "Die demokratischen Kräfte unseres Landes sollten sich verstärkt zusammenschließen und organisieren. Dazu bietet sich das Reichsbanner Bund Aktiver Demokraten an."

*Karl Heinz Kauss*

# Interview mit Kamerad Walter Keller aus Ludwigsfelde

Walter Keller ist einer der ältesten noch lebenden Zeitgenossen des Reichsbanners, der bis zum bitteren Ende aktiv am Kampf gegen die Nazis teilgenommen hat.



*Frage: Du warst 1931/32 mit dem damaligen Reichstagspräsidenten Paul Löbe im Wahlkampfesatz in Thüringen. Welche Erfahrungen hast Du damals gesammelt?*

*Antwort: Wir wurden bei unseren Wahlkampfesätzen in Thüringen von den Kommunisten und Nazis tötlich angegriffen. Die SPD war für Kommunisten und Nazis*

der Hauptgegner, nicht die bürgerlichen Parteien. Beide kämpften gemeinsam gegen die Weimarer Republik. Sie konnte nach ihrer Ansicht nur zu Fall gebracht werden, wenn man die SPD vernichtete. Die Leiter der Kommunisten waren damals in Ruhla die Oberlehrer Kohlrausch und Teichmüller. Mein Bruder Hermann wurde durch ein KPD-Mitglied mit dem Messer tötlich bedroht. Im weiteren Verlauf dieser Auseinandersetzungen wurden wir Reichsbannerleute von den Kommunisten bis Bad Thale gejagt. Meine Erfahrung hieraus: Keine Zusammenarbeit mit Kommunisten.

*Frage: Nazis und Kommunisten waren sich in der Zielsetzung, die Weimarer Republik zu vernichten, einig. Für beide war die SPD der Hauptfeind. Kannst Du uns von Deinen damaligen Erfahrungen Näheres berichten?*

*Antwort: Nazis und Kommunisten brachten gemeinsam Gesetzesvorschläge der SPD zu Fall. Wenn ich an meine Wahlkampfesätze in Ilmenau und Arnstadt zurückdenke, die ich damals zur Unterstützung Paul Löbes mit durchführte, erlebten wir eine große Unterstützung der Bevölkerung zum Programm der SPD. Trotz Störungen durch Kommunisten und Nazis wurden die Versammlungen der SPD und des Reichsbanners gut besucht. Ich kann mich auch noch daran erinnern, daß wir in Eisenach die 3 Pfeile, das Symbol der "Eisernen Front" in den Nachtstunden in weißer Farbe auf das Straßenpflaster malten.*

*Frage: Wie sind die Wahlkampfesätze der Dir bekannten, damals führenden SPD-Genossen Rudolf Breitscheid, Otto Wels, Toni Sender und Mathilde Wurm von Nazis und Kommunisten gestört und behindert worden?*

*Antwort: Durch ständige Zwischenrufe, Gegenaktionen und mitunter sogar gewaltsamer Behinderung der Besucher. Durch die gemeinsame Sache mit den Nazis haben Kommunisten zur Stärkung des Faschismus bei-*

getragen. Auch sie verhöhnten, genauso wie die Nazis, die republikanischen Institutionen.

*Frage: Ein kluger Mensch lernt aus der Geschichte. Schon wieder erheben rechtsradikale Parteien frech ihr Haupt. Würdest Du heute sagen, wer rechtsradikale Parteien, wer Schönhuber wählt, der wählt den Untergang Deutschlands?*

*Antwort: Eindeutig ja. Ich befürchte aber, daß genauso wie 1932, als die SPD die Parole herausgab 'Wer Hitler wählt, der wählt den Krieg', zunehmend mehr Wähler dies nicht beachten.*

*Frage: In Deinen Wahlkampfesätzen hast Du immer wieder darauf hingewiesen: 'Wer Hitler wählt, der wählt den Krieg'. Wurde diese Mahnung von der Bevölkerung damals eigentlich ernst genommen?*

*Antwort: Leider nein, denn sonst wäre es sicherlich nicht zur Machtergreifung Hitlers gekommen. Weltwirtschaftskrise und die uns von den Siegermächten des 1. Weltkrieges auferlegten - in dieser Höhe vollkommen überzogenen - Reparationszahlungen kamen Hitler damals sehr gelegen, die SPD als Erfüllungsgehilfen der Franzosen zu verunglimpfen und so seine politischen Ziele zu verfolgen. Dazu kam die Zersplitterung des Reichstags in nicht weniger als 38 Parteien.*

*Frage: Bei der Überführung der sterblichen Überreste des 1925 verstorbenen Reichspräsidenten Friedrich Ebert von Berlin nach Heidelberg gehörtest Du zu einer Abordnung von Reichsbannermitgliedern. War der Bevölkerung damals eigentlich bewußt, welcher Verlust der Tod Eberts für die Weimarer Republik, für Deutschland bedeutete?*

*Antwort: Leider nein. Es gibt keinen Fall in der deutschen Geschichte, daß das Staatsoberhaupt in der Presse so verunglimpft wurde. Obwohl Deutschland es ganz besonders Friedrich Ebert zu verdanken hat, daß es 1918 nicht zum Bürgerkrieg kam, daß wir keine Räterepublik nach sowjetischem Muster wurden, scheuten sich die Rechtsparteien nicht, den Reichspräsidenten mit Verleumdungen vor das Reichsgericht in Leipzig zu zitieren. Obwohl vom Gericht freigesprochen, war der Schaden für die junge Republik ungeheuer.*

*Frage: Im März 1933 stimmten die bürgerlichen Parteien gemeinsam mit den Nazis Hitlers Ermächtigungsgesetz zu. Allein die SPD stimmte geschlossen dagegen. Die bürgerlichen Parteien gaben somit, sinnbildlich gesprochen, Hitler den Strick in die Hand, mit dem sie später selbst aufgehängt wurden. Wie hast Du damals die Zustimmung der bürgerlichen Parteien zum Ermächtigungsgesetz empfunden?*

*Antwort: Als Erniedrigung des demokratischen Grundgedankens. Der "Tag von Potsdam" bildete dazu die Bestätigung.*

*Frage: Du warst Zeit Deines Lebens immer ein aufrechter Kämpfer für Demokratie und gegen Diktatur und*

*Gewaltherrschaft. Was würdest Du der jetzigen, leider oft sehr unpolitischen Jugend, aus Deinem Erfahrungsschatz mit auf den Weg geben?*

Antwort: Wehret den Anfängen. Das spätere bzw. späte Erwachen ist grausam. Viele, die Hitler aus Unkenntnis folgten, fanden sich später in Massengräbern in der

Sowjetunion usw. wieder.

*Kamerad Keller, ich bedanke mich für dieses Gespräch.*

*Das Gespräch mit Kamerad Keller führte unser Bundeschatzmeister, Hans Bonkas.*

## Ist die parlamentarische Demokratie vor oder schon mitten in ihrer Bewährungsprobe?

### Der Fortschritt in der Sackgasse.

Die Kluft zwischen der proklamierten und von der Mehrzahl der Bundesbürger gewollten parlamentarischen Demokratie und dem sogenannten "politischen Alltag" wird immer größer - sowohl materiell als auch ideell.

Dieses Vakuum wird ausgefüllt von radikalen und ideologisch "fixierten" Scharfmachern und von wirklich berechtigt Unzufriedenen. Ein erkennbares Symptom ist u.a. die Weigerung, wählen zu gehen. Die vergangenen Landtags- und Kommunalwahlen haben dies eindeutig bewiesen. Sich aktiv und als Mitglied in einer demokratischen Partei zu betätigen, wird immer weniger wahrgenommen.

Diesen Ist-Zustand braucht man gar nicht dramaturgisch "aufzubereiten", sondern es genügt, die Fakten real aufzulisten und aufzuzeigen. Ich beschränke mich auf die drei Gravierendsten:

Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, Sicherheit!

Dies sind die drei Themen mit der größten sozialen Sprengkraft, die aber wiederum in ihrer Gesamtheit diskutiert und behandelt werden müssen.

Der "Soziale Friede" hat jahrzehntelang bei kontinuierlicher Steigerung des Bruttosozialproduktes und der Wachstumsraten funktioniert. Im Bundestag, bei Wahlkämpfen und auf Empfängen wurde damit noch bis vor kurzem kokettiert.

Spätestens seit der Wiedervereinigung, dem Asylproblem, dem Arbeitsplatz- und Wohnungsmangel zeigt sich jedoch ganz deutlich, wie labil unsere "Freie Marktwirtschaft", (ganz früher auch noch sozial genannt), bei wirtschaftlicher Stagnation bzw. Rezession ist.

Die Ideologie, das Dogma immer mehr, größer, schöner, funktioniert nicht mehr.

Schlimm ist es meiner Meinung nach, daß sich die "Volksparteien" seit Jahren immer häufiger und auch aggressiver um die angeblich bessere Rezeptur und das bessere Programm streiten. Aber dabei vergessen sie die vorausgegangene Entwicklung und versäumen es, dem jetzigen Ist-Zustand konsequent entgegenzusteuern. Bei vielen sogenannten "Normalbürgern" verstärkt sich die Meinung, die ich folgendermaßen zusammenfassen möchte: von Wahl zu Wahl das gleiche Ritual.

Wenn dann die Politiker, der BDI, die Manager der Großkonzerne und Banken vom "Solidarpakt" reden, wenn die Bundesregierung (der Bundeskanzler am 29.6.93) erklärt: "...es gibt keinen Sozialabbau, sondern nur einen Umbau", wenn der Finanzminister Waigel (betreffs des Sparpaketes) ebenfalls am 29.6.1993 sagt: "Auch die sozialen Leistungen müssen den wirtschaftlichen Gegebenheiten angepaßt werden", so ist dies meiner Meinung nach blanker Zynismus!!

Zynismus unter anderem deswegen, wenn man sieht, wie riesige Summen des erarbeiteten Bruttosozialproduktes von Banken und Konzernen natürlich gewinnbringend "irgendwohin" transferiert oder investiert werden - in vielen Fällen ohne Kontrollmöglichkeit.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Ich halte überhaupt nichts von sogenannten "Klassenkampfparolen", aber bei dem von mir geschilderten und beweisbaren Ist-Zustand kann man doch nicht von "freier" und schon gar nicht mehr von sozialer Marktwirtschaft (für die ich bin) reden!!

Eine Industriegesellschaft, eine Gesellschaft überhaupt, die sich fast ausschließlich nach Materiellem (Kosten-Nutzen) ausrichtet, erzeugt Neid, Mißmut, Aggression und macht krank.

Für mich ist die zentrale Frage: Wann begreifen "WIR", daß das Dogma 'Wachstum gleich Wohlstand' schnellstens umgeschrieben werden muß. Also nicht mehr quantitatives sondern qualitatives Wachstum mit all seinen Facetten. Vom Umweltbereich (Boden, Wasser, Luft) bis hin zur Pflegeversicherung. Wenn überhaupt, ist diese Erkenntnis und das Umsetzen in praktische Politik die einzige Chance, ja ich sage bewußt die einzige Chance, den sozialen Frieden wieder stabiler und perspektivisch sicher zu machen.

Den Wachstumsfetischismus, also kontinuierliche Steigerung des Bruttosozialproduktes als Katalysator für Fortschritt und Wohlstand zu sehen, ist von seriösen Fachleuten schon lange als katastrophaler Irrtum erkannt und auch so bezeichnet worden.

Wenn man schon relativ lange (beweisbar) aufzeigen kann, daß der Verbrauch an nicht regenerierbaren Ressourcen, die immer schnellere Zerstörung von Boden, Wasser und Luft Faktum ist, stellt sich mir die Frage, was in den Köpfen der Politiker vorgeht, die bei Bundes-

tagsdebatten, zuletzt am 10.3.1993, fordern: "Es muß alles daran gesetzt werden, die Konsumnachfrage zu steigern, um den Wohlstand zumindest zu erhalten". Ich kann solche Forderungen nur als schizopren und fatalistisch bezeichnen.

Zum Abschluß noch etwas meiner Meinung nach Grundsätzliches:

Nach Solidarpakt, Sparpaket und Solidargemeinschaft ist seit kurzem ein neuer Begriff "im Umlauf", der sich "sozialer Umbau" nennt! Nicht nur vom Sparen ist viel die Rede, sondern auch vom Umbau des Sozialsystems! Oft verstehen Politiker verschiedener Parteien und die Vertreter unterschiedlicher oder gegensätzlicher Interessen darunter jeweils etwas anderes.

## Reichsbanner intern

In der Mitgliederversammlung des Ortsvereins Frankfurt am Main hat Alfred Körner als ihr 1. Vorsitzender einen Rechenschaftsbericht über die letzten zwei Jahre gegeben und dabei ausführlich über die wachsenden Aktivitäten der rechtsextremistischen Organisationen und unsere Abwehrmaßnahmen gesprochen. Den Schluß seiner Ausführungen wollen wir jetzt hier wiedergeben:

### Die Aufgaben unseres Reichsbanners in der gegenwärtigen Situation

In meinem Rechenschaftsbericht habe ich Euch die 17 durchgeführten Veranstaltungen in den letzten zwei Jahren dargestellt und bin auch auf die wachsenden Aktivitäten der Neo-Nazis und rechtsextremistischen Organisationen eingegangen. Rückblickend mußte ich feststellen, daß ich bereits in meinem Rechenschaftsbericht vor acht Jahren (18. März 1985) davor gewarnt und dazu aufgerufen habe, diesen ewig Gestrigen schärfer und entschlossener entgegenzutreten. Schon damals war höchste Alarmstufe - und jetzt noch mehr! Unser Ruf: "Wehret den Anfängen" wurde leider von den Politikern nicht ernst genommen, ja teilweise wurden wir noch verlacht, wenn wir von ernsthaften Gefahren für unsere Republik sprachen. Nur eine gründliche Auseinandersetzung mit den Republikfeinden, bis zu ihrer Vernichtung, vor allem die Lösung der dringendsten Probleme der Gegenwart, ist die Voraussetzung einer wirksamen Bekämpfung, um ihnen den Nährboden ihrer verlogenen Parolen zu entziehen.

Meine Voraussagen über die Gefahr des Anwachsens der Übergriffe der Neonazis und rechtsextremistischen Organisationen sind nicht nur eingetroffen, nein, sie haben sich gewaltig gesteigert mit über 3000 Überfällen, Brandsätzen und bisher 23 Morden. Hinzu kommt eine beispiellose Hetze der Sensationspresse, allen voran das Münchner Hetzblatt von Herrn Dr. Frey. Erst

Wenn dieses Wortgebilde "sozialer Umbau" reale Politik werden soll, sind wir als Reichsbanner besonders gefordert, Fragen zu stellen, was dies für unser erkämpftes Sozialsystem bedeuten wird. Ich bin überzeugt, daß viele unserer "Zeitzeugen" in diesem Zusammenhang sofort an die Weimarer Zeit denken.

Die Umsetzung des am 29.6.1993 von der Bundesregierung verkündeten Sparprogramms betreffs der Sozialleistungen ist der radikalste Eingriff in die Sozialleistungen seit der Weltwirtschaftskrise Anfang der 30er Jahre! Hier wird der soziale Friede aufgekündigt! Wenn bei einem Sparpaket von 21 Milliarden Mark 14 Milliarden Sozialkürzungen beschlossen werden, kann man nicht mehr von einem Umbau, sondern nur noch von "sozialer Demontage" reden. Und das bei einer Regierung mit dem anspruchsvollen C im Namen.

Hans Brück

2. Vorsitzender des Ortsvereins Frankfurt am Main

durch die großen Demonstrationen mit Licherketten in Berlin, Hamburg, München, Köln, Frankfurt und vielen anderen Orten können wir wieder etwas mehr Hoffnung auf Umkehr der endlich aufgescheuchten Demokraten schöpfen und damit rechnen, daß wirksame Maßnahmen ergriffen werden. Doch die Gefahr für unsere junge Republik ist längst noch nicht vorüber. Jetzt hat unser traditionsreiches Reichsbanner mit seinen tragischen Erfahrungen in der Weimarer Zeit wieder eine politische Bedeutung erlangt.

Diese für unser Reichsbanner günstige Situation müssen wir zum Neuaufbau und Mitgliederwerbung voll und ganz ausnützen. Hier sei nochmals auf unseren Ruf seit vielen Jahren verwiesen: "Wehret den Anfängen".

Denn die sich immer mehr ausbreitenden skandalösen Ausschreitungen mit Überfällen auf Asylantenheime, Brandsätzen und Morden wie in Rostock, Mölln, Hoyerswerda und vielen anderen Orten, vor allem in den neuen Ländern, zeigen uns wie ernsthaft die Gefahr für unseren demokratischen Staat ist, der sich diesen zerstörerischen Kräften gegenüber allzu leichtsinnig und schwach gezeigt hat. Es ist also höchste Zeit, ernsthaft wirksame Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Auch Hitler hat mit 7 Mann begonnen und wurde nie ernst genommen, bis es zu spät war und er seine Schreckensherrschaft mit ihren grausamen Folgen antrat.

Der Terror von rechts will unseren Staat aushöhlen. Die Gewalt rüttelt an unserem Gemeinwesen, reißt Gräben auf, wo Brücken geschlagen werden sollten. Die Saat wird nur dann nicht aufgehen, wenn wir, das heißt die Regierenden, die Ursachen beseitigen und den ewig Gestrigen mutig entgegentreten bis zu ihrer Vernichtung. Das Reichsbanner ist zur Aufklärung ebenfalls aufgerufen.

Die wichtigsten Ursachen dieser kritischen Situation sind:

Die fast gleichgroße Arbeitslosigkeit (mit verschleierte Zahlen über 5 Millionen Arbeitslose) wie vor 1933

in dem wesentlich größeren Deutschland der Weimarer Zeit. Ferner die Wohnungsnot, Betriebsstillegungen und keine Zukunftschancen gerade für die Jugend, 1100 Milliarden Schulden und dazu die widersprüchliche Zickzackpolitik der Bundesregierung speziell in den 5 neuen Ländern. Das ist fast die gleiche Situation wie vor 1933 und der beste Nährboden der rechtsextremistischen Parteien. Hinzu kommt noch, daß fast kein Tag vergeht, der keine neuen Enthüllungen über Fehlverhalten und persönliche Bereicherungen von Spitzenpolitikern bringt. Wenn es sich dann um einen Spitzenpolitiker handelt, der als Vorbild geachtet wurde, dann ist das noch schlimmer. Dies alles führt zu einem großen Vertrauensverlust und Politikverdrossenheit und ist eine wachsende Bedrohung der Demokratie. Glaubwürdigkeit ist nicht nur eine Frage an unsere Spitzenpolitiker, sondern gilt allen, die eine Führungsrolle in der Politik spielen. Nur das persönliche gute Beispiel allein gilt beim Volk. Nicht durch Reden, sondern allein durch Taten wächst ein Vertrauen. Durch all diese negativen Nachrichten und Enttäuschungen, gerade in letzter Zeit, wird das Volk aufgeheizt und fällt auf die Sprüche der Rechtsradikalen herein oder wendet sich von der Politik ganz ab und bleibt unzufrieden und passiv in seinen vier Wänden. So wird die Zahl der Nichtwähler immer größer, und es bedarf großer Anstrengungen, diese enttäuschten Menschen wieder für uns zu gewinnen.

Auch daß Polizei und Wehrmacht Zersetzende, Rechtsradikale und sogar Vorbestrafte aufgenommen hat, wirkt entsetzlich. Das darf auf keinen Fall länger hingenommen werden. Diese Zersetzung muß schnellstens und gründlich aufgeklärt werden. Unsere Republik darf nur mit echten Republikanern in allen Stellen besetzt werden. Bei diesen negativen Tatsachen braucht man sich nicht zu wundern, daß die Wölfe im Schafspelz mit ihren scheinheiligen Hetzparolen, wie Schönhuber mit seinen Republikanern, Dr. Frey, der Herausgeber des Münchner Hetzblattes, der Nationalzeitung, mit seiner Volksunion und alle rechtsextremistischen Organisationen als Schreibtischtäter es leicht haben, enttäuschte Menschen für sich zu gewinnen. Ihre Hetzparolen "Deutschland den Deutschen", "Ausländer raus" sind gefährlich und erinnern an die Nazis mit ihrem Ruf "Juden raus!". Damit heizen diese Schreibtischtäter eine Umsturzstimmung an und vergiften das Klima der Gewalt zu ihren persönlichen Gunsten. Die Sympathie und Achtung, die wir im Ausland erreicht haben, ist durch sie gefährdet und muß schärfstens angeprangert werden.

Aufgrund der bitteren Erfahrungen der Weimarer Zeit fordern gerade wir als Reichsbanner, gemeinsam mit den Gewerkschaften (damals zusammengeschlossen in der Eisernen Front mit 3,5 Millionen Mitgliedern), alle demokratischen Politiker auf, die sozialen und wirtschaftlichen Probleme zu lösen. Nur damit und mit Aufklärung über die wirklichen Ziele dieser republikfeindlichen Parteien werden sie wieder von der politischen Bühne verschwinden.

Wir müssen als Reichsbanner mit einer wahrheitsgetreuen Aufklärung, unter Hinweis auf unsere tragischen

Erfahrungen in der Weimarer Zeit, gegen die Saat der Gewalt erfolgreich und selbstbewußt auftreten. Nur so können wir dazu beitragen, diese Gruppen aus allen Parlamenten für immer zu vertreiben.

Oder, wie Prof. Dr. Jäckel aus Stuttgart als Redner in der Paulskirche zum 60jährigen Gedenken an den 30. Januar 1933 mit der beginnenden Hitlerdiktatur überzeugend erklärte: "Die Erinnerung ist eine Waffe aus der Vergangenheit, mit der wir rechtsextremen Erscheinungen erfolgreich entgegentreten können. Mit der Erinnerung an den Nationalsozialismus und dem Argument, die Rechtsextremen seien neue Nazis, habe man 1969 die NPD aus dem Bundestag heraushalten können. In diesem Sinne müssen alle aktiven Demokraten, wie wir uns seit der Neugründung nennen, gegen alle Volksverhetzer auftreten. Die, sollten sie jemals an die Macht kommen, genau das Gegenteil machen würden von dem, was sie vorher versprochen haben. Genau wie Hitler das tausendjährige Reich und Frieden propagierte und dann das Gegenteil tat und den zweiten Weltkrieg mit seinen grausamen Folgen vom Zaun brach. Wir sagten damals: "Wer Hitler wählt, wählt den Krieg", und genau so ist es gekommen. Also wachsam sein!

Damit hoffe ich, daß ich mit meinen Ausführungen die wichtigsten Gefahrenquellen unserer jungen, aber gefährdeten Republik skizziert und daraus die Aufgaben unseres mehr als notwendigen Reichsbanners dargestellt habe. Die Stimme unseres Reichsbanners muß in dieser politisch so kritischen Zeit von allen maßgebenden Stellen gehört werden.

Wachsamkeit und verantwortungsbewußtes Handeln zur Sicherung und dem Ausbau einer sozialgerechten Demokratie in ein größeres wieder vereintes und freies Deutschland mit Zielsetzung einer starken Europa-Union zur Sicherung des Friedens und der Freiheit sind die Lehren aus unserer 68-jährigen Geschichte des Reichsbanners.

Meine heutigen Ausführungen möchte ich hiermit beenden mit dem Schlußwort unseres 1. Bundesvorsitzenden Walter Hesselbach beim letzten Bundeskongreß am 28.10.1992 in Magdeburg. Er sagte: "Wir glauben unverändert an die moralische Kraft der Menschen, alle wirtschaftlichen und sozialen Zwänge abzubauen. Die Würde des Menschen ist unantastbar, die Würde aller Menschen.

In diesem Geiste wollen wir unsere Arbeit verstärken und unsere Stimme erneut von Magdeburg erheben, der Stadt, in der Otto Hörsing vor fast sieben Jahrzehnten unser Reichsbanner gegründet hat".

In diesem Sinne lasse ich meinen Rechenschaftsbericht ausklingen. Meine große herzliche Bitte an Euch alle: Seid bereit, Euch für unser Reichsbanner voll und ganz einzusetzen! Nur dann hat unser Reichsbanner wieder eine Zukunft!

Alfred Körner

## Die Frankfurter Rundschau brachte folgenden Artikel anlässlich der Jahresversammlung des Ortsverein Frankfurt am Main:

Frankfurt am Main. "Es gibt Parallelen zur Situation in der Weimarer Republik, ohne Zweifel", sagte Hans Brück vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold: "Arbeitslosigkeit und Wohnungsmangel führen zu einer Ohnmacht, die sich dann in Form von Gewalt äußern kann". Intensiv diskutierten die "Reichsbanner"-Mitglieder in ihrer Jahreshauptversammlung im Bürgerhaus Bornheim über Ausländerfeindlichkeit und die gesamte politische Lage. Und dabei noch wichtiger: Sie haben ganz konkret geplant, wie sie dem aktiv entgegneten können.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold steht seit 1924 für politischen Widerstand gegen Faschismus und Diktatur. Damals war der Verein als SPD-nahe Kampforganisation gegen die Nationalsozialisten gegründet worden und hatte in seiner Blütezeit mehr als 3,5 Millionen Mitglieder in Deutschland: "Der Verein war damals sehr militant", gab Brück zu.

Die etwa 70 verbliebenen Mitglieder des Frankfurter Ortsvereins sind im Schnitt 75 Jahre alt. Die meisten litten während der NS-Zeit unter beruflichen und familiären Beschränkungen; einige waren auch in Straflagern interniert. Ihre Erfahrungen als Augenzeugen und auch als Opfer eines totalitären Systems wollen sie jetzt verstärkt vermitteln: "Nicht mit erhobenem Zeigefinger, sondern als Beispiel, mit einem Bezug zur Gegenwart".

Gerade nach der hessischen Kommunalwahl kommen viele Anfragen, ob Mitglieder bei politischen Bildungsveranstaltungen als Referenten auftreten könnten. Mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Evangelischen Akademie in Arnoldshain sowie SPD-Fraktion im Hessischen Landtag laufen dazu Gespräche. Auch Landtagspräsident Klaus Starzacher und Kultusminister Hartmut Holzapfel haben Interesse bekundet.

Unter anderem will das "Reichsbanner" versuchen, in Schulen Aufklärungsarbeit zu leisten: "Aktiv mit Leuten reden, Fakten liefern und das in Zusammenarbeit mit Verbänden und Institutionen", umreißt Hans Brück die Vorhaben des Vereins für die nahe Zukunft. Dabei ist er auch kritisch gegenüber politisch nahestehenden Organisationen: "Es verbittert und macht traurig, wenn im Zusammenhang mit aktuellen Problemen bei Bundestagsdebatten von kleinen Leuten, unterem Drittel und sozial Schwachen geredet wird. Alles wird unter materiellen Gesichtspunkten betrachtet. Für mich sind die Asozialen oftmals wo ganz anders, in den Bankentürmen und ähnlichen Plätzen".

Außer den geplanten Aktionen blickten die Mitglieder in der Jahreshauptversammlung auch auf das vergangene Jahr zurück und wählten einen neuen Vorstand: Alfred Körner wurde als Vorsitzender bestätigt und steht damit ununterbrochen seit Kriegsende dem Frankfurter Ortsverein vor. Erst jüngst war der 83-jährige Bundes-Ehrenvorsitzende und ehemalige Widerstandskämpfer in der Paulskirche mit der Johanna-Kirchner-Medaille ausgezeichnet worden - Anlaß war der 60. Jahrestag der nationalsozialistischen Machtergreifung im Januar 1933.

Zum stellvertretenden Vorsitzenden und Pressesprecher bestimmte die Versammlung Hans Brück, Kassiererin wurde Maria Jülz und Schriftführer Heinz Kraus. Der ist gerade mal 38 Jahre alt, seit 20 Tagen Mitglied und will sich intensiv um die Jugendarbeit kümmern. "So junge und engagierte Leute brauchen wir unbedingt", erläuterte Hans Brück.

Im zurückliegenden Jahr hatte das "Reichsbanner" zu insgesamt acht Veranstaltungen eingeladen. Die politischen Diskussionen mit prominenten Referenten waren mit 60 bis 80 Zuhörern durchweg gut besucht. Themen wie die Entwicklung in der ehemaligen Sowjetunion oder der soziale Friede in der Bundesrepublik interessierten nicht nur Mitglieder, sondern zu mehr als der Hälfte auch andere Gäste.

Immer stand hinter den Veranstaltungen die Grundfrage: "Was können Not und Ohnmacht für furchtbare Folgen haben? Aus den Erfahrungen, die wir damit machen mußten, müssen wir gelernt haben", betonte "Reichsbanner"- Pressesprecher Hans Brück.



### Nachruf

Fünf Kameraden der ersten Stunde, die bereits in der Weimarer Zeit aktiv für unser Reichsbanner tätig waren, sind von uns gegangen und wir wollen sie in ehrendem Andenken bewahren. Sie sind Vorbilder für die junge Generation.

Es starben

Hans Darmstadt, Frankfurt am Main,  
Karl Glasen, Hamburg,  
Willy Eid, Darmstadt,  
Anton Neubert, Frankfurt am Main,  
Erich Rödiger, Frankfurt am Main.

Ihr Einsatz soll uns alle anspornen, weiterhin tatkräftig für unser Reichsbanner einzutreten. Ehre ihrem Andenken.

Das Reichsbanner  
Organ des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. und des Freiheitsbundes e.V. Berlin, Mitglied der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV).  
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Frankfurt am Main.

"Das Reichsbanner" ist eine Publikation des Bundesvorstandes Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Wilhelm-Leuschner-Straße 69 - 77, Postfach 10 18 44, 6000 Frankfurt am Main 1.  
"Das Reichsbanner" erscheint jährlich in vier Ausgaben. Der Bezugspreis beträgt 6.00 DM zuzüglich Versandkosten im Jahr. Abbestellungen bis 6 Wochen vor Jahresschluß.

Gesamtherstellung: Druckerei Lehmann-Nold, Ahornstraße 30, 6230 Frankfurt 80.

Redaktion: Karl-Heinz Jungmann (presserechtlich verantwortlich), Alexander Matwejew (Pressereferent und Redakteur des Bundesvorstandes), Hartmut Schutz (Redakteur).

Anschrift des Verlages, der Redaktion und des Vertriebes: Postfach 10 18 44, 6000 Frankfurt am Main 1.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Offizielle Stellungnahmen des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. werden gekennzeichnet.